Gegenteil, wir werden bestrebt sein, den jetzigen Stand zu halten, den Zolltarif, wie man in der Bureaukratie sagt, „auf der Gegenwart zu halten". Es kann sich nur handeln um eine Revision im einzelnen, Beseitigung technischer Unebenheiten, Erweiterung unserer zollpolitischen Rüstung in dem oder jenem Punkte usw. Immerhin wird dieser Reichstag berufen sein, wichtige Beschlüsse auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik zu fassen. Er wird ja voraussichtlich auch die neuen Handelsverträge noch mitberaten. Seit mindestens drei Jahren sind wir unausgesetzt mit der Vorbereitung der neuen Handelsverträge beschäftigt. Der Staatssekretär macht eingehende Darstellungen über die Produktionserhebungen die freilich mit ihren Fragebogen bei den Kleinbetrieben nicht angängig sind, weil da die Sachkunde und auch vielfach die notwendigen Buchführungen fehlen. Die Beantwortung wird da auch vielfach verweigert. Es wird versucht werden, durch monographische Darstellungen und durch das Studium einzelner Gruppen der Kleinbetriebe die Verhältnisse aufzuklären. Der Staatssekretär rechnet dabei auf die Unterstützung der Interessentenverbände. Eine kontradiktorische Enquete hält er nicht für angebracht, weil der Geschäftsmann die Geheimnisse seines Betriebes nicht in öffentlicher Verhandlung preisgebe. Das Material wird aber aufs sorgsamste geheimgehalten und danach vernichtet. Die Stärkung der deutschen Industrie wird nicht einen Augenblick aus dem Auge verloren. Wir haben nicht um den inneren Markt zu kämpfen, sondern um den auswärtigen Markt, um die Konkurrenz des Auslandes im Auslande. Ein Herabsetzen der Zölle würde gar nichts nützen, denn die anderen Staaten tun es auch nicht. Der Staatssekretär erörtert die Ersetzung der Meistbegünstigung durch Reziprozitätsverträge nach amerikanischer Art und äußert sich dann zur Frage der Syndikate. Es sei nicht ausgeschlossen, daß man allmählich gezwungen werde, Privatmonopole in Staatsmonopole umzuwandeln, aber noch sei man in Deutschland hierfür nicht reif. Ein allgemeines Syndikatsgesetz ist aussichtslos. Wenn sich überhaupt die Notwendigkeit ergibt, so ist es nur auf dem Wege des Spezialgesetzes möglich. Das Kaligesetz reicht nicht zu weiteren Experimenten. Aber vielleicht werden die anderen Syndikate dadurch veranlaßt, Uebergriffe zu vermeiden. Das Kohlensyndikat und ebenso der Stahlwerksverband sind eine Notwendigkeit. Beim Beitritt des Fiskus zu einem Skandal ist natürlich Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Tätigkeit des Syndikats ihn nicht in Konflikt bringt mit den wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Staates. Unter Umständen machen diese aber den Beitritt des Staates geradezu zur Pflicht. — Abg. Sachse (Soz.): Wir fordern schon lange die Verstaatlichung des Kohlen- und Kalibetriebs. Die Lage der Arbeiter erfordert dringend ein Eingreifen, sonst wird sich auch bei uns der Kampf entspinnen, wie in England. Wir müssen Garantien für vollständige Koalitionsfreiheit verlangen also Beseitigung der schwarzen Listen. Wir sind von den englischen Arbeitern nicht aufgestachelt worden. Von einem Sympathiestreik ist keine Rede. Wer das behauptet, sagt die Unwahrheit. Die Not treibt die Arbeiter. Und dann das Gerede vom internationalen Generalstreik! Eine halbe Million sollen wir nach England geschickt haben. Wer solches Blech glaubt, in dessen Oberstübchen muß es übel aussehen. Dem Syndikat würde es freilich übel bekommen, wenn es ein paar Kohlen nach England schicken wollte. Bis hierher und nicht weiter. Sie wollen mit den Arbeitern nicht in Frieden leben. Sie behandeln sie wie die Hunde. (Unruhe.) Wo bleibt das Berggesetz? Die Scharfmacher wollen es nicht. Wann wird sich die Regierung auf ihre Pflicht besinnen? — Abg. Irl (Zentr.) begründet die Mittelstandsresolution des Zentrums. Selbständige wirtschaftliche Existenzen, das ist die Hauptsache. Bedauerlich sei, daß ein Mitglied der Rechten, Herr Pauli, den Reklamenunterricht aus der Fortbildungsschule beseitigen wolle. Das Handwerk müsse vor der Spekulation geschützt werden. Aber das wichtigste sei die Schaffung des Betriebskredits. Alles andere sei Unsinn. Zu diesem Zwecke seien Berufsgenossenschaften zu gründen. Die Regierung sollte sie jedenfalls nach Möglichkeit unterstützen. Redner wendet sich weiter gegen die vom Hansabund aufgestellten Submissionsbedingungen, ferner gegen die Bestimmung des § 100 c der Gewerbeordnung, die eine unerträgliche Bevormundung des Handwerks bedeute. Die Konkurrenz der Hausierer müsse erschwert werden, wenn nicht durch Gesetz, so auf dem Verwaltungswege. Den Hausierern verdankten wir die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche. Das Gewerbe müsse vor unlauterem Wettbewerb durch richtige Anwendung des Gesetzes geschützt werden. Das Genossenschaftswesen solle nicht, wie es die Sozialdemokraten mit den Konsumvereinen tun, auf die Spitze getrieben werden. Wir haben den Beamten geholfen. Jetzt müssen sie aber auch Rücksicht auf den Gewerbestand nehmen und ihm nicht durch eigene Gründungen das Wasser abgraben. Die Beamten haben vor allen Staatsbürgern schon so viel voraus. Man sollte ihnen wenigstens die Leitung von Konsumvereinen verbieten. Endlich spricht Redner gegen eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe in den kleinen Städten und schließt: Helfen Sie dem Mittelstand, ehe es zu spät ist. — Schluß 6¾ Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

*

Zur Wahl des Präsidiums.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Präsidentenwahl, die auf den 8. März angesetzt ist, ist eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande gekommen. Die Verhandlungen sind gescheitert. Das Zentrum erklärt, es erhebe Anspruch auf den Präsidentenposten und ebenso fordern die Konservativen, die jetzt die drittstärkste Fraktion bilden (nachdem die Mitglieder der früheren Wirtschaftlichen Vereinigung ihr beigetreten sind), gleichfalls einen Sitz im Präsidium. Die Nationalliberalen haben endgültig abgelehnt, sich an einem Präsidium, in dem Zentrum und Konservative vertreten sind, zu beteiligen, gleichzeitig aber beschlossen, diesmal nicht für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Die Sozialdemokraten halten an der Kandidatur Scheidemann und ihrer bisherigen Stellung zu den politischen Verpflichtungen fest. Die Hoffnung, daß es doch zuletzt noch zu einer Verständigung kommt, sind sehr gering. Die Entscheidung der Präsidentenfrage am 8. März wird eine reine Machtfrage sein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Vorstände der beiden nationalliberalen Vereine in Halle a. S. richteten an die Reichstagsfraktion ein Schreiben, in dem sie die bestimmte Erwartung aussprechen, die nationalliberale Fraktion werde niemals in ein Reichstagspräsidium eintreten, das unter Ausschaltung der Linken nur vom schwarz-blauen Block gebildet werde.

Der Etat im preußischen Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats der Berg- und Hüttenverwaltung und führte die allgemeine Aussprache darüber zu Ende. Die Abgg. Dr. Ehlers (Vp.) und Brust (Zentr.) erklärten den Anschluß des Bergfiskus an das Kohlensyndikat im allgemeinen Interesse für nötig. Letzterer begründete die abwartende Stellungnahme der christlichen Bergarbeiter in der Lohnfrage, ermahnte aber die Grubenbesitzer, recht bald mit der Erhöhung der Löhne vorzugehen. — Abg. Leinert (Soz.) tritt die Bergverwaltung und sodann den Verband der christlichen Bergarbeiter an, die sich von den Grubenindustriellen hätten hereinlegen lassen. Zugleich stellte er die englische Regierung der preußischen als Muster hin. Abg. Hirsch-Essen (natl.) wandte sich gegen die sozialdemokratische Hetzung der Bergarbeiter. Die sozialdemokratischen Forderungen schilderte er als übertrieben. Minister Dr. Sydow mahnte zur Vermeidung eines unnützen Streiks beide Seiten zur Besonnenheit. Eines schicke sich nicht für alle. Wir könnten deshalb nicht alles nachmachen, was in England geschehe. Auch sei es noch fraglich, ob die Vorschläge der englischen Regierung angenommen würden. Nachdem noch Abg. v. Brüning (kons.) und Abg. Spinola (freikons.) Leinert entgegengetreten, wurde die weitere Etatberatung auf Dienstag vertagt.

Bundesrat und Kartoffelzölle.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der „Nordd. Allg. Ztg." wird gegenüber der „Deutschen Tageszeitung" ausgeführt: Es ist nicht richtig, daß der Bundesrat „den Zoll auf Kartoffeln suspendiert" hätte. Der im Zolltarif von 1902 enthaltene Zoll von 1 Mk. ist nach dem ausgesprochenen Willen der gesetzgebenden Faktoren für die Frühkartoffel bestimmt, die von Mitte Februar ab aus Italien, Malta und Gegenden gleichartigen Klimas, vom Juni ab auch aus nördlicheren Gegenden, zu uns zu kommen pflegt. Diesen Zoll berührt der Beschluß des Bundesrates überhaupt nicht. Er wird ohne Einschränkung vom 15. Februar ab erhoben. Wenn diese geringwertige Kartoffel vermöge der ganz eigenartigen Verhältnisse des laufenden Jahres bei uns ausnahmsweise auch über Mitte Februar hinaus in größerer Menge Einlaß sucht, so würde es der Absicht des Gesetzgebers direkt zuwiderlaufen, ihr zu dem ungesetzlich hohen Preis auch noch den Zoll von 1 Mk. für den Doppelzentner aufzuerlegen. Es war deshalb unmöglich, aus dem Vorgehen des Bundesrates zu folgern, daß er mit gleichem Recht jeden anderen Zoll, z. B. den Gemeindezoll, suspendieren könne, ohne den Reichstag zu fragen. Eine solche Befugnis hat sich der Bundesrat niemals beigelegt, und er beansprucht sie auch nicht durch den Beschluß vom 22. Februar d. J., der mit der Uebung vieler Jahrzehnte in vollkommenem Einklang steht.

Aufdeckung einer neuen Spionageaffäre.

Drei Verräter verhaftet.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Unter dem Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse wurden in den letzten Tagen hier drei Personen verhaftet. Zunächst verhaftete die Frankfurter Polizei einen Wettvermittler. Bei der Haussuchung wurden, nach der „Kleinen Presse", Briefe gefunden, aus denen zu schließen war, daß dieser für die französische Regierung Spionage trieb und daß die Seele der Spionage ein angeblicher Techniker war. Auch dieser wurde verhaftet. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Techniker der französischen Botschaft in Berlin mitteilte, ihr Geschützzeichnungen aus Essen und Zeichnungen des neuen Kruppschen Artilleriegeschosses liefern zu wollen. Er erhielt darauf von Paris aus die Aufforderung, sich in Luxemburg mit einem französischen Agenten zu treffen, um diesem nähere Angaben zu machen. Anfang Januar reisten die beiden Verräter nach Luxemburg, wo sie mit dem Agenten eine Unterredung hatten. Beide erhielten 100 Mark und wurden aufgefordert, im Januar nach Paris zu fahren. Der Techniker fuhr mit einem anderen Bekannten nach Paris. Dort unterhandelten sie mit einem höheren Beamten. Es wurde ihnen gesagt, daß man alles brauchen könne. Für einen Zünder zahle man 1000, für ein Geschoß 3000, für ein Verschlußstück 7000, für die Originalzeichnung eines Geschützes 6- bis 8000 Mark. Der Haupttäter war dann im Januar noch zweimal in Paris. In einem Briefe erklärte der Techniker, daß er Metallstücke, die er in Essen nicht bekommen könne, sich durch Einbruch in Wilhelmshaven verschaffen werde. Er habe im ganzen etwa 500 Mark erhalten. Vorige Woche reiste ein Bekannter von ihm nach Essen. Er soll bei seiner Rückkehr nach Frankfurt bedeutsames Material mitgebracht haben. Eine Verwertung desselben ist ihm aber nicht möglich geworden, da die Polizei seinen Auftraggeber inzwischen verhaftet hatte.

Eine Reichsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Regierung beabsichtigt die Gründung und Unterhaltung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik, die ihren Sitz in Friedrichshafen haben soll. Die neue Reichsanstalt soll eine mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik ausgestattete Versuchsanstalt für Luftschiffahrt werden, mit deren Leitung voraussichtlich Graf Zeppelin betraut werden wird. Es sind schon eine größere Anzahl von Gutachten eingeholt worden, und die Verhandlungen mit den beteiligten Kreisen stehen vor dem Abschluß. Augenblicklich wird die Angelegenheit finanziell geprüft. Voraussichtlich wird schon der Etat für 1913 einen entsprechenden Kredit für die ersten Baukosten fordern.

Massenerkrankungen in einer Mainzer Kaserne.

Mainz. (Priv.-Tel.) Vergangenen Sonnabend meldeten sich von dem in der Elisabeth-Kaserne liegenden 1. Bataillon des 88. Infanterie-Regiments eine Anzahl Leute krank. Bis 11 Uhr abends waren 36 Mann unter Verdauungsstörungen erkrankt und wurden dem Garnison-Lazarett zugeführt. Am Sonntag erkrankten weitere 15 Mann unter ähnlichen Erscheinungen. Die Ursache der Erkrankung wurde auf den Genuß von Kabeljau zurückgeführt. Die Gesamtzahl der im Lazarett befindlichen Erkrankten betrug heute vormittag 70, doch besteht zu Besorgnissen kein Anlaß. Es scheint sich um ziemlich harmlose Erkrankungen zu handeln.

Beisetzung des Großherzogs von Luxemburg.

Luxemburg. Zur Beisetzung des Großherzogs sind hier eingetroffen der König der Belgier, Prinz August Wilhelm von Preußen als Vertreter des Deutschen Kaisers, das Großherzogspaar von Baden, Prinz Konrad von Bayern, Herzogin Karl Theodor von Bayern, Herzog Franz Josef von Bayern, Erzherzogin Maria Theresia von Oesterreich, Erzherzog Salvator von Oesterreich u. a. Um 1 Uhr fand in der Kirche, wohin die Leiche des Großherzogs vorgestern in aller Stille überführt und aufgebahrt worden war, ein Trauergottesdienst statt, zu dem wegen des beschränkten Raumes nur eine geringe Anzahl Einladungen ergangen waren. Nach verschiedenen Gesängen hielt der Hofprediger Schenk die Gedächtnisrede. Mit einem weiteren Gesange schloß die Feier. Darauf fuhren die Fürstlichkeiten ins Palais zurück, wo ein Dejeuner stattfand. Alsdann wurde die Leiche mit einer Feier im engsten Familienkreise vorläufig in der protestantischen Kirche beigesetzt.

Demission des ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary hat heute seine Demission gegeben.

Budapest. Die Sozialdemokraten veranstalteten heute einen Demonstrationszug zugunsten des allgemeinen Wahlrechts, an dem sich etwa 35 000 Personen beteiligten. Die Ordnung wurde nicht gestört. Gleichzeitig wurde ein halbtägiger allgemeiner Ausstand erklärt, der aber nicht ganz gelungen ist, da in zahlreichen Werken gearbeitet wurde.

Neue Ausschreitungen englischer Frauenrechtlerinnen.

London. Anhängerinnen des Frauenstimmrechts veranstalteten heute früh im Westend eine gleiche Kundgebung wie am Freitag. Viele Schaufenster bekannter Geschäfte wurden zertrümmert. Mehrere Frauen sind verhaftet worden.

London. (Priv.-Tel.) Gestern abend versuchte eine der Suffragetten im Postbureau der Romandathstraße in der City Feuer zu legen. Durch eine offene Tür warf sie ein brennendes Paket, das eine volle Petroleumflasche enthielt, in das Postbureau hinein. Einige Beamte warfen das Paket auf die Straße, andere stürzten der Täterin nach, konnten es aber nicht verhindern, daß sie ein Paket eingewickelter Ziegelsteine in ein Fenster des Postbureaus warf. Dann ließ sie sich ruhig festnehmen und abführen. Sie wurde nach einem Hospital gebracht, da sie so krank war, daß man sie nicht in das Gefängnis bringen konnte.

Der Riesenstreik in England.

Die Bahnangestellten unterstützen die Bergarbeiter.

London. In einer großen Versammlung von Eisenbahnangestellten in Sheffield wurde beschlossen, den Bergarbeiterverband davon zu unterrichten, daß die Bahnangestellten die Bergarbeiter unterstützen, im Notfalle sogar durch Streik. Ein Betrieb nach dem anderen wird in dem Vereinigten Königreiche geschlossen. Die Mannschaften der Kohlenschiffe in den Kohlenhäfen werden entlassen, da die Schiffe keine Ladung erhalten können. Die Bahnangestellten werden in ähnlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen, weil der Verkehr auf den Bahnen eingeschränkt ist. Eine kleine Linie in Yorkshire hat den Dienst tatsächlich eingestellt. In einigen Fällen weigerten sich Bergarbeiter, zu gestatten, daß Leute in die Bergwerke einfahren, um die Grubenponnies zu füttern und die Werke vor dem Ersaufen zu schützen.

Die Folgen des Streiks.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Die Wirkung des englischen Kohlenstreiks macht sich hier in steigendem Maße bemerkbar. Heute sind die letzten fünf Kohlendampfer hier aus England eingetroffen. Es werden außerordentliche Preise für Kohle bezahlt. So wurde heute eine Ladung von 2000 Tonnen mit 35 Mk. pro Tonne, das sind etwa 20 Mk. über den Normalpreis, bezahlt. Die Kohlenhäfen in Newcastle, Hull usw. liegen voll von Kohlendampfern, die nicht auslaufen können.

*

Der Bergarbeiterstreik in Westfalen.

Dortmund. Während die Frühbelegschaft der Zeche „Kaiserstuhl" nicht vollständig einfuhr, streikten zu Beginn der Nachmittagsschicht von 1000 Mann etwa 900. Auf der Zeche „Scharnhorst" streikt der größte Teil der Belegschaft. Heute nachmittag finden Belegschaftsversammlungen statt, in denen die Führer versuchen werden, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Bochum. (Priv.-Tel.) Der Streikausbruch auf den beiden Zechen im Dortmunder Revier hat den Bergarbeiter-Dreibund veranlaßt, ein Flugblatt auszugeben, in dem es heißt: „Ein unerhörter Disziplinbruch ist heute früh auf den Zechen „Kaiserstuhl" und „Scharnhorst" im Dortmunder Revier vorgekommen. Entgegen den Beschlüssen und Aufforderungen der Organisationsleitung haben etwa 80 Prozent der Belegschaften die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaften begründen diesen Disziplinbruch damit, daß Lohnabzüge gemacht worden wären, wo Lohnerhöhungen notwendig sind. Sei dem wie ihm wolle, wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verfahren der Zechen verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen zu billigen, daß Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern die Arbeiter aller Zechen auf, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen, sondern ruhig an ihre Arbeit zu gehen, bis die Organisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten der Reviere entschieden haben. Nur Einigkeit und eiserne Disziplin kann zum Ziele führen."

*

Zum Streik auf der Schichauwerft in Elbing.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute streiken etwa drei Viertel aller Arbeiter der Schichauwerft in Elbing. Der Rest arbeitet, so daß der Betrieb vorläufig in geringem Umfange aufrecht erhalten werden kann. Auf der Schichauwerft in Danzig sind heute, trotzdem die Organisationen auch hier wie in Elbing einen allgemeinen Streik von heute ab proklamiert hatten, von 2500 beschäftigten Arbeitern nur rund 1000 in den Streik getreten, während 1500 Arbeiter weiter arbeiten.

Die Soldatenmeuterei in China.

Bangkog. Mehrere Offiziere, die versucht hatten, die Soldaten zur Meuterei anzustiften, wurden verhaftet. Einer der Beschuldigten hat Selbstmord verübt.

London. (Priv.-Tel.) Den „Times" wird aus Peking vom Sonntag abend gemeldet: Dank der Anwendung des Standrechtes sind heute abend die Straßen einsam und still, doch wurde der Palast des Herzogs Kwei-Hsing, Vater der Kaiserin-Witwe, verbrannt. In Poatingfu wurde das Handelsviertel von meuternden Soldaten geplündert, doch wurde keins der Häuser beschädigt und auch kein Fremder an Leben und Vermögen bedroht. Starken Eindruck auf die Bevölkerung machte ein Marsch der Gesandtschaftswachen mit Geschützen um das Fremdenviertel. „Reuters Bureau" meldet aus Peking: Am 2. März früh marschierte eine Abteilung Artillerie mit Musik zum Palast des Vaters der Kaiserin-Witwe, schoß das Tor ein, plünderte und brannte einen Teil des Palastes nieder. Die Truppen des Herzogs Kwei beteiligten sich selbst an der Plünderung. Aber tags darauf kämpften sie gegen die Plünderer. Es scheint, daß die ganze Nordarmee mit der Meuterei einverstanden war. — Weiter meldet Reuter: Die Haltung der chinesischen Truppen und der Polizei in Peking bessere sich erheblich, aber die Plündereien dauerten fort. Gestern nahmen die Aufständischen Tungkschou bei Peking in Besitz und plünderten die Häuser vieler Edelleute. Die umliegenden Ortschaften mußten deshalb beschossen werden. Prinz Tsching befindet sich schwerkrank im französischen Hospital in Peking. Im Laufe des Sonntags wurden über 100 Hinrichtungen vollzogen. Unter den Hingerichteten befinden sich 6 Frauen und viele Polizeibeamte. Die Leichen der Enthaupteten blieben in den Straßen liegen. Bei den letzten Feuersbrünsten sind im ganzen 20 Personen ums Leben gekommen.

Europareise Sunjatsens.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dr. Sunjatsen, der geistige Leiter der chinesischen Revolution, tritt, wie die „Tägl. Rundsch." hört, in nächster Zeit eine Reise nach Europa an, um hier die Anerkennung der chinesischen Republik bei den europäischen Mächten zu bewirken. Dr. Sunjatsen reist aus Peking direkt nach London, wird sich einige Zeit in Paris aufhalten und kommt dann nach Berlin. Hier wird er Fühlung mit den maßgebenden Regierungskreisen suchen, aber auch Gelegenheit nehmen, mit Finanzkreisen in Verbindung zu treten, da er, wie verlautet, von der republikanischen Regierung beauftragt ist, den Abschluß einer großen Anleihe in Europa in die Wege zu leiten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf dem Flugplatz Johannisthal stürzte heute vormittag einer der in der letzten Zeit nach Johannisthal kommandierten Offiziere, Oberleutnant v. Buttlar, der vor kurzem das Fliegerexamen bestanden hatte und der auf einem Albatros-Doppeldecker einen Aufstieg unternahm, aus einer Höhe von 40 Metern zu Boden. Das Flugzeug wurde zertrümmert, während Oberleutnant v. Buttlar unverletzt blieb.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf traf heute vormittag mit zwei Ministerialräten in Hanau ein, wo er vom Oberbürgermeister und dem Präsidenten der Handelskammer empfangen wurde. Er besichtigte nachmittags drei

SLUB Wir führen Wissen.